

PROLETARIER ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH!  
PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!

# WESTBERLINER KOMMUNIST

Organ für den Aufbau der marxistisch-leninistischen Partei Westberlins

Dezember 1990

Polizeiterror der westdeutschen Imperialisten gegen die  
Hausbesetzer-Bewegung in Berlin/DDR

## WEITER GEGEN DIE EINVERLEIBUNG DER DDR KÄMPFEN!

*Im Morgengrauen des 14. November räumten 4000 Polizisten, vor allem aus Westdeutschland und Westberlin, darunter Sondereinsatzkommandos, sowie BGS mit Panzern, Wasserwerfern, Blend-Schock-Granaten und Schußwaffeneinsatz besetzte Häuser in Berlin/DDR gegen den mutigen und militanten Widerstand der Besetzer. Ein ganzes Stadtviertel wurde abgeriegelt, auch noch lange nach der Räumung sperrte die Polizei die Mainzer Straße und kontrollierte die Anwohner und Passanten. Dies war die bisher größte Macht demonstrierung des westdeutschen Imperialismus nach dem 3. Oktober. Es war staatlicher Terror in kaum gekanntem Ausmaß, auch verglichen mit westberliner Verhältnissen. Mehr als dreihundert Besetzer/innen wurden festgenommen, viele verletzt, zum Teil schwer, unter ihnen zwei durch Schüsse der Polizei.*

### Folgen der Einverleibung: Verschärfung der Wohnungsnot und Staats- terror des westdeutschen Imperialismus in Berlin/ DDR

Der Einsatz der westdeutschen Bürgerkriegstruppe BGS in Westberlin und in Berlin/DDR, der Einsatz westberliner Bereitschaftspolizei gegen Ost-Berliner Hausbesetzer, das Kommando des westberliner Polizeipräsidienten über die Ost-Berliner Polizei - all das sind die politischen Konsequenzen der Einverleibung Westberlins und der DDR durch den westdeutschen Imperialismus.

Das revisionistisch-kapitalistische SED-Regime und die nachfolgende de Maière-Konkursverwalter-Regierung ließen allein in Berlin/DDR an die 25.000 Wohnungen verkennen und leerstehen. Die revanchistische Einverleibung hat die bereits vorhandene Wohnungsnot noch drastisch verschärft.

Für mindestens ein Drittel der insgesamt 600.000 Wohnungen in Berlin/DDR

liegen inzwischen sogenannte "Rückführungsanträge" ehemaliger Hausbesitzer, die heute in Westberlin oder Westdeutschland leben, vor. Die Mieten in den betreffenden Häusern werden in absehbarer Zeit förmlich explodieren und zahlungsfähige Mieter aus Westberlin oder Westdeutschland werden die Ost-Berliner verdrängen. Kapitalistische Spekulanten und spekulierende Kapitalisten stehen Schlange, um aus der Wohnungsnot Profit zu schlagen. So soll der "Paech"-Brot-Fabrikant Schiesser, der bekannt wurde, als er die bankrote "Neue Heimat" für 1 DM erwarb und für mehrere Millionen DM "Entschädigung" wieder an den DGB zurückverkaufte, ein Angebot für die zwölf besetzten Häuser in der Mainzer Straße vorgelegt haben. Die Betriebskosten (Gas, Strom etc.) haben sich für die Mieter in Berlin/DDR schon verdrei- bis vervierfacht.

Die qm-Miete wird sich auch in den Wohnungen der kommunalen Wohnungsverwaltungen ab Januar von 1 DM auf 2 DM verdoppeln - und das ist nur der Auftakt.

Auch die weitere Zuspitzung der akuten Wohnungsnot in Westberlin ist eine indirekte soziale Folge der revanchistischen Einverleibung. Die Hauptstadt- und Olym-

pia-Pläne des westberliner Senats treiben die Mieten in die Höhe, führen bei Neuvermietungen dazu, daß ein qm-Preis von 20 DM kalt 'normal' ist. Das zwingt besonders Jugendliche, die nur Lehrlingslohn, Sozialhilfe oder BAFöG beziehen, dazu, sich Wohnmöglichkeiten in Berlin/DDR zu beschaffen, da die Mieten dort - noch - billiger sind.

Aus all diesen Gründen ist die Besetzung leerstehender Häuser und Wohnungen, allesamt Objekt der Begierde vor allem westberliner und westdeutscher Spekulanten, durch die Ost-Berliner Hausbesetzerbewegung und ihre Verteidigung gegen die Angriffe des westdeutschen Imperialismus gerecht. Die solidarische Beteiligung von westberliner Jugendlichen ist nur allzu verständlich.

Ein wesentlicher Grund für die Macht demonstration des westdeutschen Imperialismus in Berlin/DDR war der Versuch, die Proteste gegen die Folgen der Einverleibung der DDR zu begrenzen. Die Wohnungsfrage ist da nur ein Teilbereich. Noch wichtiger: massenhafte Betriebs schließungen; weitgehende Einstellung der Agrarproduktion; zweieinhalb Millionen Arbeitslose und praktisch arbeitslose Kurzarbeiter; die massenhafte Vertreibung der Frauen aus den Fabriken; ein im Vergleich zu Westdeutschland und Westberlin fast halbiert Lohn bei gleichen Warenpreisen; die rapide Verarmung von Millionen von Rentnern sind Folgen, die in ihrer Wirkung noch nicht einmal voll zum Zug gekommen sind.

**Konsequenz aus der Einverleibung der DDR  
durch den westdeutschen Imperialismus:  
Staatlicher Terror von westdeutschem BGS  
und Pätzold-Polizei in Ost-Berlin!**



**SOLIDARITÄT MIT DEM MUTIGEN UND  
ENTSCHLOSSENEN KAMPF DER OST-  
BERLINER HAUSBESETZER UND  
HAUSBESETZERINNEN!**

# **”Herrschaftsfreie“ Verhältnisse im Kapitalismus?!**

Die brutale Räumungsaktion gegen die besetzten Häuser in der Mainzer Straße erfolgte nicht nur in der Absicht, den Spekulanten den Weg freizuknüppeln und das Eigentum der Herrschenden gegen die Eigentumslosigkeit der Unterdrückten zu verteidigen. Der westberliner Senat setzte seine Polizeiarmee vor allem auch deshalb in Marsch, um das Entstehen einer zweiten Hafenstraße nach dem Hamburger Vorbild zu unterbinden. Besetzte Häuser, gegen die polizeiliche "Maßnahmen" und Kontrolle nur schwer durchzuführen sind, weil ihre Bewohner sich gegen die Attacken des Staatsapparates zur Wehr setzen, "Zusammenhänge", die für antifaschistische Aktionen etc. günstige Voraussetzungen bieten, eine "Chaotenburg" in der neuen und alten "Reichshauptstadt", das wollten die westdeutschen Imperialisten nicht zulassen.

**Zulassen.**  
Wenn wir den Widerstand gegen die Räumung, den Kampf der Besetzer gegen den Staatsapparat als gerecht verteidigen und unterstützen, schließt das nicht aus, nach den politischen Zielen dieses Kampfes, den dahinter stehenden politischen und ideologischen Vorstellungen zu fragen und falsche Standpunkte auch offen und solidarisch zu kritisieren.

Dabei geht es uns nicht in erster Linie um diejenigen Leute, denen es mit der Teilnahme an Hausbesetzungen ausschließlich darum geht, sich völlig zu Recht zumindest vorübergehend ein Dach über dem Kopf zu verschaffen.

Um dann über dem Kopf zu verschwinden. Uns geht es um die Auseinandersetzung vor allem mit den Auffassungen jener Leute, die mit Hausbesetzungen ein politisches Konzept verfolgen, ihre Aktionen als politischen Kampf begreifen. Diese wollen wir als westberliner Kommunisten auch im Hinblick auf die Erfahrungen mit der Hausbesetzerbewegung Anfang der 80er Jahre führen, an die die Bewegung in Berlin/DDR, auch was ihre politischen Ideen betrifft, in vieler Hinsicht anknüpft. Wir verstehen Kritik daher nicht als Einmischung in die Bewegung in Berlin/DDR, sondern als Auseinandersetzung über die politischen Ziele des Kampfes.

Ein zentraler Punkt dabei ist die Vorstellung, die in der früheren westberliner Hausbesetzerbewegung ebenfalls eine große Rolle spielte, mit der Besetzung von Häusern für sich und die eigene Gruppe "Selbstbestimmung" zu verwirklichen. Solche Auffassungen finden sich gerade auch in Flugblättern zur Räumung, die offenbar von westberliner Gruppierungen verfaßt wurden, und auch deshalb halten wir es für notwendig, diese zu kritisieren.

dig, diese zu kritisieren.  
So werden z.B. die Hausbesetzungen als Aktivitäten verteidigt, mit denen "ein solidarisches Leben in herrschaftsfreien, selbstbestimmten Zusammenhängen" verwirklicht werden soll. Wenn auch das Leben in einem besetzten Haus eine gewisse "Freiheit von Herrschaft" mit sich bringt, solange die Polizei nicht stürmt oder nicht stürmen kann, ist doch die hier ausgesprochene Vorstellung absurd, innerhalb des kapitalistischen Systems "herrschaftsfreie" Inseln schaffen zu können, in denen die ökonomische Macht des Kapitals und die Gewaltiherrschafft der kapitalistischen Bourgeoisie außen vor bleiben. Wie kann hier von "selbstbestimmten Zusammenhängen" die Rede sein, wenn Polizei, Justiz und Bürokratie allgegenwärtig sind, wenn so oder so der Zwang bestehen bleibt, die eigene Arbeitskraft oder anderes zu verkaufen, um sich die Mittel für den Lebensunterhalt zu verschaffen, oder sich mittels Sozialhilfe durch-

Gerade der Einsatz der staatlichen Gewalt in den letzten Wochen hat doch gezeigt, daß das Kapital und sein Staat "Selbstbestimmung" auf dem Boden der kapitalistischen Produktions- und Herrschaftsverhältnisse, wenn überhaupt nur in einem engen, kontrollierten Rahmen zu schlagen zu müssen.

Diese Machtdemonstration diente auch dem Zweck, mit allen Mitteln zu verhindern, daß aus einem Kampf gegen die sozialen und politischen Folgen der revisionistischen Einverleibung ein Kampf gegen die Einverleibung selbst wird. Zu Recht sehen sich die Werktagigen der DDR "über den Tisch gezogen".

Sie könnten auf den Gedanken kommen, die ganze "deutsche Einheit" zum Teufel zu wünschen. Der westdeutsche Imperialismus will deshalb die Einverleibung der DDR um jeden Preis unumkehrbar machen.

**Es geht nicht nur um neue Kapitalanlage-möglichkeiten. Mehr noch, sie stärkt ihn politisch und ökonomisch im internationa- len Konkurrenzkampf gegen die anderen imperialistischen Großmächte um welt- weite Vorherrschaft.**

Die Karten werden neu verteilt, die Ein-  
flußsphären neu abgesteckt. Der west-  
deutsche Imperialismus will mit deutscher  
Arroganz alle noch vorhandenen Be-  
schränkungen, die sich aus der bedin-  
gungslosen Kapitulation Nazi-Deutsch-  
lands vor den Mächten der Anti-Hitler-  
Koalition ergeben haben, endgültig los-  
werden und freie Hand bekommen.

# **Der Ost-Berliner Magistrat - Erfüllungsge- hilfe des westberliner Senats**

Auf dem Territorium der ehemaligen DDR regiert heute der westdeutsche Imperialismus. Er hat sich den ehemaligen Staatsapparat der DDR untergeordnet, vor allem die Bürokratie und Teile der bewaffneten Formationen wurden übernommen und ihnen westdeutsche bzw. westberliner "Spezialisten" vorangestellt.

Bei den Räumungen der Häuser in der Mainzer Straße besorgte die Ost-Berliner Polizei unter westberliner Kommando die Abriegelung des Stadtviertels, um den westberliner und westdeutschen Prügelkollegen den Rücken frei zu halten - ein Beispiel für eine gelungene Ost-West-Kooperation.

Der Magistrat Ost-Berlins hatte die seit Sommer laufenden Verhandlungen mit den Besetzern solange hingezogen, bis er nach dem 3. Oktober erklärte, nicht mehr er, sondern der westberliner Senat sei jetzt zuständig. Dieser ließ dann prompt räumen. Der Magistrat Ost-Berlins erklärte sein Einverständnis mit dem Polizeiüberfall, was er auch erst nachträglich tun konnte, weil er vorher nicht gefragt wurde. Der Magistrat erwies sich als ein willfähriger Erfüllungsgehilfe des westdeutschen Imperialismus.

Der westberliner Senat, egal mit welcher Partei an der Spitze, spielt sich, seitdem er Ende der vierziger Jahre die Spaltung der Stadt organisierte, unverfroren als Vertreter für ganz Berlin auf; er war und ist ein Instrument des westdeutschen Imperialismus und seines Revanchismus. Der westberliner Senat stand ebenso im-

mer für die faktische Einverleibung Westberlins, das auf dem Territorium der DDR liegt und niemals rechtmäßig zu Westdeutschland gehört.

Auch wenn der westdeutsche Imperialismus in seiner tagtäglichen Propaganda glauben machen will, daß alles in seinem Sinn gelaufen sei, so müssen wir feststellen: Noch sind die Kampfbedingungen der Arbeiterklasse und der Werktätigen in Westberlin von denen in Westdeutschland und erst recht von denen in der DDR sehr verschieden, können sich die Kämpfe der Arbeiterklasse und der Werktätigen gegen die Einverleibung und die Abwälzung der Kosten auf ihren Rücken jeweils auf unterschiedliche Weise entwickeln.



## **Solidarität mit dem Kampf der Hausbesetzerbewe- gung in Berlin/DDR**

**Gerade der Kampf der Hausbesetzerbewegung in Berlin/DDR hat gezeigt, daß eben noch nicht alles so gelaufen ist, wie sich das der westdeutsche Imperialismus mit der Einverleibung vorstellt.**

Die Entschiedenheit, der Mut und die Militanz, mit der sie dem bürgerkriegsähnlichen Aufmarsch des westdeutschen Imperialismus entgegengestanden, hat begeistert.

Die Kämpfe um die Mainzer Straße haben vor Augen geführt: Der Gewalt der Herrschenden kann durchaus Widerstand entgegengesetzt werden, wenn die Kämpfenden die Regeln des westdeutschen Imperialismus brechen, wenn sie sich nicht auf Gewaltlosigkeit und Legalität festlegen lassen, wenn sie die Heiligkeit des Privateigentums nicht anerkennen, wenn sie nicht hinnehmen, was bürgerliche Parlamente und Gerichte vorschreiben.

In Erwägung, daß da Häuser stehen  
Während ihr uns ohne Bliebe läßt  
Haben wir beschlossen: jetzt dort einzuziehen  
Weil es uns in unsern Löchern nicht mehr paßt.  
In Erwägung, daß ihr uns dann eben  
Mit Gewehren und Kanonen droht  
Haben wir beschlossen: nunmehr schlechtes Leben  
Mehr zu fürchten als den Tod.

In Erwägung, daß wir der Regierung  
Was sie immer auch verspricht, nicht traun  
Haben wir beschlossen, unter eigne Führung  
Uns nunmehr ein gutes Leben aufzubauen.  
In Erwägung: Ihr hört auf Kanonen –  
Andre Sprache könnt ihr nicht verstehn –  
Müssen wir dann eben, ja, das wird sich  
lohnend!  
Die Kanonen auf euch drhn.

B. Brecht

Eine weitere Lehre muß sein: wer den Folgen der Einverleibung militant und konsequent entgegentreten will, muß auch gegen die Einverleibung selbst kämpfen.

Das hat das Vorgehen des westdeutschen Imperialismus gezeigt, als er in der Mainzer Straße seine Bürgerkriegstrupps aufmarschieren ließ, um diesen relativ kleinen Ansatz von Widerstand sich gar nicht erst entwickeln zu lassen. Und das wird sich wiederholen, solange der westdeutsche Imperialismus bei der Einverleibung weiter fortfahren kann.

Aber das beweist auch, daß sich der westdeutsche Imperialismus keineswegs so sicher ist, wie seine Propaganda glauben machen will. Und gegen alle, die behaupten, es sei alles schon gelaufen, sagen wir: es ist noch vieles möglich! Geht der imperialistischen Propaganda nicht auf den Leim!

So wichtig die solidarische Unterstützung aus Westberlin und Westdeutschland für die praktische Stärke der Hausbesitzer und Hausbesetzerinnen in der Mainzer Straße war und ist, ist dies keineswegs unproblematisch.

Glaubwürdig ist in diesem Kampf und in seiner Unterstützung als Westberliner/in oder Westdeutsche/r nur, wer die Einverleibungspolitik des "eigenen" Imperialismus bekämpft und sie nicht pragmatisch hinnimmt. Unglaublich im Kampf gegen den westdeutschen Imperialismus ist, wer keinen Unterschied mehr macht, ob er/sie in Berlin/DDR oder Westberlin oder in Westdeutschland politisch handelt.

## Zur Wohnungfrage.

Den

Friedrich Engels.

—

Köln, 1872.

Verlag des Exekutiviums des „Volksblatt“.

Titelblatt der Schrift „Zur Wohnungfrage“ (Heft I)

## PDS – Fortsetzer des revisionistischen Verrats am Sozialismus

Die SED hat die, in der jungen DDR tatsächlich vorhandenen Ansätze für einen sozialistischen Weg schon Anfang der 50iger Jahre verraten. Sie hat die antifaschistisch-demokratische Ordnung praktisch beseitigt und ein zutiefst reaktionäres und revisionistisch-kapitalistisches Regime errichtet, das mit sozialistischen Phrasen verbrämt wurde. Sie hat die DDR Stück für Stück an den westdeutschen Imperialismus ausgeliefert, den Sozialismus in eine widerliche Karikatur verwandelt.

Dieselbe SED tritt heute als PDS auf. Sie versucht die Spuren zu verwischen, macht allein die alte Führung für den Bankrott der DDR verantwortlich und setzt auf das kurze Gedächtnis der Menschen. Der Parteivorstand der PDS erklärte im Zusammenhang mit den Häuserräumungen: "Wir wissen, daß die heutigen sozialen Probleme auf dem Gebiet der ehemaligen DDR ihren Ausgangspunkt in der verfehlten Gesellschaftspolitik der früher hier Mächtigen haben" (ND 20.11.90). So, als hätten die Mächtigen in der PDS nicht viel mit ihnen zu tun.

Die PDS verkauft sich heute endgültig als Variante der SPD und versucht, sich der Arbeiterklasse und den Werktätigen besonders in der DDR anzudienen, die am meisten unter den Folgen der Einverleibung zu leiden haben. Dabei wendet sie sich nicht gegen die revisionistische Einverleibung als solche, sondern stellt sich sozusagen als die 'besseren Wiedervereiniger' vor. In der gleichen Erklärung des Parteivorstandes heißt es weiter: "Erfahrungen der sozialen Ungerechtigkeit, des Nichtfunktionierens der Demokratie und der Rechtslosigkeit, wie sie durch die überstürzte Anschlußpolitik für BürgerInnen der ehemaligen DDR spürbar wurden, sind Auslöser von Radikalisierungen im Denken und Handeln. Sie werden durch Rufe nach 'Ruhe und Ordnung', nach einer 'starken Hand' nicht beseitigt, sondern verstärkt." (ebd.) An der "Anschlußpolitik" kritisiert die PDS im Grunde nur, daß sie "überstürzt" war; "Radikalisierungen im Denken und Handeln" begrüßt sie nicht, ihr graust davor, weil sie auf dem Boden des Grundgesetzes des westdeutschen Imperialismus und seiner kapitalistischen Gesellschaftsordnung steht. Sie sieht deshalb ihre Aufgabe darin, jetzt und in Zukunft soziale und politische Massenkämpfe in Reformismus, Legalismus und Pazifismus zu erdrosseln.

Im klaren Gegensatz zu solchen Kräften wie der PDS, müssen wir von der Erkenntnis ausgehen: der Kapitalismus kann nicht reformiert, er muß beseitigt werden. Dies kann nicht auf legalem oder pazifistischem Weg erfolgen, sondern nur durch die gewaltsame Zerschlagung dieser Gesellschaftsordnung.

lassen, nämlich solange, wie seine politischen und wirtschaftlichen Interessen nicht ernsthaft gestört werden.

"Selbstbestimmung" von Staats und Kapitals Gnaden ist aber keine wirkliche Selbstbestimmung. Soweit diese Lösung Ausdruck einer Hoffnung auf ein ganz anderes Leben und Arbeiten ist, hat sie nur eine Chance auf Verwirklichung, wenn sie aufs Ganze geht: maximale Teilnahme am revolutionären Kampf zum Sturz des Kapitalismus, für die proletarische Revolution, für die Abschaffung jener Verhältnisse, die heute unsere Arbeits- und Lebensbedingungen bestimmen. Mehr an Selbstbestimmung ist heute nicht zu haben, aber weniger wäre zu wenig.

Es ist deshalb eine politisch schädliche Illusion, wenn man glaubt, mit Hausbesetzungen, mit Schaffung von "selbstbestimmten Zusammenhängen" dieser Art bereits einen Schritt aus dem Kapitalismus hinaus, in andere bessere Gesellschaft zu tun. Solche Positionen laufen letztendlich darauf hinaus, den Kampf gegen die Herrschaft der Bourgeoisie, der nur als politischer Klassenkampf erfolgreich sein kann, durch individualistische Scheinlösungen ersetzen oder gar überflüssig machen zu wollen.

Genau diese Haltung kommt zum Ausdruck, wenn in einem anderen Flugblatt die besetzten Häuser als "ein Stück weit eine andere Gesellschaft" angesehen werden, als "ein Schritt hin zu einem besseren Leben, wo die Menschen selber bestimmen, wie sie leben, wo sie teilen, ...". Abgesehen davon, daß die Besetzung eines Hauses dort kein einziges Atom Sozialismus schafft, ein individueller Enteignungsversuch keine sozialistischen Produktionsverhältnisse hervorbringt, weil solche nur die Arbeiterklasse an der Macht herstellen kann, wird hier auch deutlich, welcher Art die Vorstellungen dieser Leute von einer "anderen Gesellschaft" sind. "Die Menschen" sollen "selber bestimmen", "wo sie teilen" oder es bleiben lassen. Das heißt doch im Klartext, in der hier gewünschten Gesellschaftsordnung kann jeder, ob arm oder reich, ob Arbeiter oder Kapitalist selber darüber bestimmen, ob er "teilen" will. Es ist nicht schwer zu begreifen, daß mit dieser Art von "Selbstbestimmung" die Enteignung der Kapitalistenklasse, die Umwälzung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse, die allein die Basis für ein besseres Leben bilden kann, kaum zu bewerkstelligen sind.

Konsequenterweise wird auch auf den Punkt gebracht, daß dies gar nicht die Ziele der Verfasser dieser Stellungnahme sind, ja diese auch gar nicht interessieren, denn "für uns ist 'rechtsfreier Raum' die einzige Sache, für die es sich lohnt, zu kämpfen".

Der Kampf gegen Lohndrückerei und Arbeitshetze in den Betrieben, der Kampf gegen die Faschisierung des Staatsapparates auf allen Ebenen und darüberhinausgehend der Kampf dafür, das Übel an der Wurzel zu packen, der Kampf für die Sturz des Kapitalismus in der proletarischen Revolution sind demnach nicht "lohnend". Ein solcher Kampf erscheint wohl deshalb nicht "lohnenwert", weil er eben nicht vor allem auf unmittelbare und kurzfristige Erfolge ausgerichtet ist und sein darf, sondern einen langen Atem erfordert, weil es ein kollektiver, ein Massenkampf für die gesellschaftliche Lösung der kapitalistischen Widersprüche durch die Revolution sein muß und kein letztlich individualistischer Ausweg in angeblich "selbstbestimmte", "herrschafts- und rechtsfreie" "Zusammenhänge".

Die Kritik solcher Auffassungen, die offene Auseinandersetzung über solche politischen Konzepte, wie sie von Teilen der Bewegung formuliert und in sie hineingetragen werden, erscheint uns dringend erforderlich. Es ist unserer Meinung nach nicht von der Hand zu weisen, daß die Gefahr der Spaltung und Desorientierung der Bewegung umso größer wird und auch ganz akut ist, wenn solche Auffassungen die Politik der Bewegung bestimmen.

# **Es gibt keine Wahl!**

**Denn:**

**Am 2. Dezember soll die Einverleibung der DDR und Westberlins durch den westdeutschen Imperialismus legitimiert werden.**

**WESTBERLINER KOMMUNIST**  
Organ für den Aufbau der marxistisch-leninistischen Partei Westberlin

# **Unser Ziel: Der Kommunismus.**

Der Kommunismus als Endziel der Arbeiterbewegung beinhaltet im Grunde sehr einfache, klare und der geschichtlichen Logik folgende Antworten auf die brennendsten Fragen:

**Statt privater Besitzt umer an Fabriken, Grund und Boden und umeinhaupt an Produktionsmitteln im Interesse des Profits: GESELLSCHAFTLICHER BESITZ aller PRODUKTIONSMITTEL !**

**Statt mörderischem Konkurrenzkampf und Anarchie der Produktion nach dem Gesetz "der Stärkere frisst den Schwächeren": PLANUNG DER WIRTSCHAFT DURCH DIE ARBEITENDEN und DURCHSICHTIGKEIT DER WIRTSCHAFT FÜR DIE ARBEITENDEN!**

**Statt Arbeit als Fluch, als Mittel zur Ausbeutung, statt die Arbeiter zu Anhängseln der Maschine zu machen und ihrer Unterordnung unter menschenunwürdige Formen der Arbeitsstellung; Die Arbeit als erstes Lebensbedürfnis der Menschen, nach ihrem Plan, ihren Fähigkeiten und Bedürfnissen, und gestaltet im Interesse der Produzenten.**

Statt Spaltung der Gesellschaft in Klassen, in Ausgebeutete und Ausbeuter, in Stadt und Land, in Frauen und Männer, statt Spaltung in geistige und körperliche Arbeit: Freie ASSOZIATION der Schaffenden in voller Gleichberechtigung und Freiheit, ohne Unterdrückung und Ausbeutung.

**Statt Kriegen zwischen den Völkern, nationalem Haß und Rassenhaß: freiwillige Verbindung der Völker zur Menschheit im Weltkommunismus!**

Die klaren, von MARX, ENGELS, LENIN und STALIN wissenschaftlich erarbeiteten Umrisse und Grundlagen einer künftigen kommunistischen Gesellschaftsordnung werden durch die gesamte gesellschaftliche Entwicklung immer zwingender und dringender. Der schreiende Widerspruch zwischen ungeheuerem Reichtum, Milliarden, ja Billionen an Rüstungsgütern einerseits und riesigem Elend, Millionen von Toten in imperialistischen Kriegen und in Hungersnöten, andererseits wird immer offensichtlicher. Die ungeheuer gewachsenen Möglichkeiten auf technischem Gebiet, die Produktion zu vereinfachen, Waren, Konsumgüter im Überfluß herzustellen, die Arbeitszeit auf ein Minimum für alle

herabzusetzen, durch neue Methoden die Übersicht, Durchsichtigkeit und Verbindung zwischen den Menschen umfassend zu gestalten auf der einen Seite - und auf der anderen Seite die Realität, daß die neuen technischen Möglichkeiten nur zur Schaffung eines riesigen Heeres von Arbeitslosen, zu noch brutalerer Ausbeutung der Arbeiterklasse und der Werktagligen benutzt werden - all dies zeigt unwiderlegbar, daß DER EINZIGE AUSWEG DER KOMMUNISMUS ist!

# **Das Einfache, das schwer zu machen ist !**

**Das Endziel des Kommunismus zu erreichen, erfordert einen gigantischen und schwierigen Kampf, einen auch nach dem ersten Sieg der Revolution anhaltenden Klassenkampf der Arbeiter und ihrer Verbündeten gegen die Bourgeoisie der ganzen Welt, es erfordert die Realisierung der DIKTATUR DES PROLETARIATS !**

Diese Fortsetzung des Klassenkampfes unter neuen Bedingungen, unter denen die Arbeiterklasse den Staatsapparat in ihre eigenen Hände genommen, völlig neu aufgebaut und als scharfe Waffe im Klassenkrieg gegen die alte Welt benutzt, als Waffe für den Aufbau des Sozialismus und als Schutz für die sozialistische Demokratie, birgt in sich keinen gradlinigen Weg, sondern auch Niederlagen, die große historische Rückschritte auf dem gewundenen Weg zum Kommunismus bedeuten können.

Der Sieg der Revolution in der Sowjetunion, die dortige Errichtung der Diktatur des Proletariats, die Unterdrückung der Ausbeuter und ihrer Anhänger, die Siege der Völker in anderen Ländern nach der Niederlage des Nazi-Faschismus waren riesige Schritte vorwärts im gewaltigen Ringen zwischen den Kräften des Fortschritts und des Kommunismus und den Kräften der Reaktion und der Ausbeutung!

Die Unterschätzung der Gefahren in diesem gewaltigen Ringen, die Revision des Marxismus-Leninismus, die schleichende Einnistung von alten Gewohnheiten der Ausbeutergesellschaft, von Bürokratismus und Privilegierung führten zu einer Situation, daß erneut in den von Ausbeutung befreiten Ländern neue Ausbeuterklassen entstanden sind. Cliquen, die den KOMMUNISMUS VERRATEN haben, die nun die Arbeiter unterdrücken, mit dem Imperialismus gemeinsame Sache machen und sich mit ihm streiten, wenn es um Raubzüge gegen die Völker und die Verteilung der Beute geht.

So hat die Weltbourgeoisie heute die Möglichkeit, mit dem Finger auf den bankrott jener Länder zu zeigen, deren Führungen sich selbst kommunistisch nannten und nennen, aber die Theorie und Praxis des wissenschaftlichen Kommunismus, die Lehre von Marx, Engels, Lenin und Stalin völlig verraten haben.

Der Kerngedanke der DIKTATUR DES PROLETARIATS als schwieriger, aber einziger Weg zum Kommunismus kann nicht propagiert und einleuchtend popularisiert werden ohne Klarheit über die revisionistische Entartung ehemals sozialistischer Länder, ohne Zurückweisung sämtlicher "Argumente", daß der Sozialismus - wie die Praxis ja "beweist" - undurchführbar sei, und daher angeblich die Verteidigung plus kleine Reformierung der blutrünstigen imperialistischen Gesellschaftsordnung das einzige "Machbare" sei!

Daher muß im Mittelpunkt kommunistischer Propaganda nicht nur das Endziel des Weltkommunismus als einzige Alternative zur verfaulten imperialistischen Gesellschaftsordnung stehen

sondern gerade auch die unbedingte Notwendigkeit der Sicherung und Erkämpfung der Demokratie und Freiheit der Arbeiter und ihrer Verbündeter durch die harte Diktatur des Proletariats über die Klassenfeinde!

**TROTZ ALLEDDEM!**

Das war der Kampfesruf der SPARTACUS-GRUPPE um Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, als sie der deutsch-chauvinistischen Welle im 1.Weltkrieg entgegengtraten und zum Sturz dieses Systems, zum BÜRGERKRIEG, ZUR ZERSCHLAGUNG DES STAATSAPPARATS DER DEUTSCHEN BOURGEOISIE aufriefen.

**TROTZ ALLEDEM!**

Das war die Lösung der von Ernst Thälmann geführten Kommunistischen Partei auch in der dunklen Zeit des Faschismus, als viele, ja Millionen, ohne Widerstand zu leisten, Hitler hinterherrannten.

TROTZ ALLEDEM

Trotz DGB-Führung und trotz "grünem" Gift, trotz tausendfachem Verrat der modernen Revisionisten, trotz Aberglauben an "diesen Staat", trotz Unglauben an die Möglichkeit des Aufbaus eines wirklichen Sozialismus, einer wirklichen Demokratie für die Arbeiter im System der Diktatur des Proletariats über alle Ausbeuter und Reaktionäre ...

TROTZ ALLEDDEM!

Es gibt überhaupt keinen anderen Weg als den schwierigen, gewundenen, langen Weg über den Aufbau einer wirklich wissenschaftlich fundierten marxistisch-leninistischen Partei der Besten der Arbeiterklasse, die auf allen Gebieten den Kampf für die KOMMUNISTISCHE GESELLSCHAFT führt und an der Spitze der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten, den unteren Schichten der anderen ausgebeuteten Werkstätigen steht.



**Vertrieb für  
Internationale Literatur**

Brunnwaldstr. 5, 1000 Westberlin 62  
Öffnungszeit: Mittwoch 16-18.30